

Informationen zur KONVERSION BAMBERG

Ausgabe 06 ▶ 27.06.2018

► Konversion – ein Gewinn für alle!

► Editorial

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die ehemaligen US-Militärflächen MUNA und Schießplatz werden zu einem grünen Gewerbegebiet. Mit dem „Gewerbepark Geisfelder Straße“ entwickeln wir hier etwas ganz Besonderes. Es wird kein klassisches Gewerbegebiet wie etwa der Laubanger, sondern vielmehr die Verbindung von Leben und Arbeit. Damit setzen wir den hohen Anspruch an die Quartiersentwicklung, den wir auch auf der Fläche der ehemaligen Lagarde-Kaserne verfolgen, konsequent weiter fort.

Jede Stadt braucht ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ökologie und Ökonomie, um im Wettbewerb nachhaltig bestehen zu können. Dies gilt auch für Bamberg. Wir leben dankenswerterweise in einer Stadt, die mit ihrem Welterbe über herausragenden Städtebau verfügt und in eine grüne Umgebung eingebettet ist. Allerdings: Es fehlen geeignete Flächen für die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen, neue Arbeitsplätze und zukunftsfähige Branchen. Eine Erblast aus einer falschen Gebietsreform von 1972.

Auf den Flächen von MUNA und Schießplatz haben wir nun die Möglichkeit, unsere Stadt nachhaltig weiter zu entwickeln. Dabei werden wir einen Ausgleich zwischen den ökologischen und den ökonomischen Belangen herbeiführen – was mit dem laufenden Bebauungsplanverfahren „Gewerbepark Geisfelder Straße“ erreicht werden kann. Denn auf der einen Seite werden schwermetallbelastete Sandmagerrasen saniert und unter Naturschutz gestellt, auf der anderen Seite wird Platz für zukunftsfähige Unternehmen und damit verbundene Arbeitsplätze geschaffen.

Im „Gewerbepark Geisfelder Straße“ wird es zu einer signifikanten Mehrung des Bannwaldes sowie einem nachhaltigen Schutz des Grundwassers für die Trinkwassertiefbrunnen kommen – eine außergewöhnliche Zukunftsinvestition. Es entsteht erstmalig ein großzügiges, attraktives Areal für vielfältige Freizeitmöglichkeiten und zeitgemäßes Arbeiten. Ausreichende Grünflächen sind wichtig für eine moderne Arbeitswelt. Arbeitgeber haben heute nicht nur hohe Ansprüche an die Gebäude, in denen sie ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unterbringen, sondern auch an das Umfeld und dessen Erholungswert.

Den eingeschlagenen Weg einer sensiblen Ausweisung neuer Gewerbegebiete werden wir im Diskurs mit allen engagierten Verbänden, Organisationen sowie unseren Bürgerinnen und Bürgern weiter verfolgen. Die vorliegende Konversionszeitung beschreibt das Thema von unterschiedlichen Seiten und soll so zur Versachlichung der Debatte beitragen.

Herzliche Grüße

Ihr

Andreas Starke · Oberbürgermeister



► Intro

Das Bebauungsplanverfahren Nr. 429 „Gewerbepark Geisfelder Straße“ ist aufgrund der militärischen Vorgeschichte des Areals eines der größten und vielschichtigsten Verfahren, das es in der Stadt Bamberg bislang gegeben hat. Denn auf den Flächen von MUNA und Schießplatz hat die Stadt die einzigartige Möglichkeit, Bamberg nachhaltig weiterzuentwickeln und die Zukunftsfähigkeit der Stadtgesellschaft abzusichern. Dabei wird mit dem Verfahren ein Ausgleich zwischen den ökologischen und den ökonomischen Belangen herbeigeführt: Der kontaminierte Sandmagerrasen wird saniert und es wird Platz für innovative Unternehmen und damit verbundene Arbeitsplätze geschaffen. Wie auch auf den Flächen der ehemaligen Lagarde-Kaserne setzt die Stadt auch in diesem Areal ihren hohen Anspruch an die Quartiersentwicklung fort. In dieser sechsten Ausgabe der KONVERSION bieten wir Ihnen alle Informationen zum Bebauungsplanverfahren „Gewerbepark Geisfelder Straße“ aus erster Hand.

Darüber hinaus informieren wir über das sogenannte „Investorenauswahlverfahren“ für den neuen Lagarde-Campus und berichten über die Ergebnisse der eloprop-Studie, die eine kulturelle Nutzung des Areals untersucht hat und die einmaligen Chancen eines Wandels unter Beteiligung der Bamberger Kulturschaffenden skizziert.

Wir wünschen Ihnen zahlreiche neue Erkenntnisse und viel Spaß beim Lesen!

Ihr Konversions-Team

Seite **2**

Neuer Raum auf MUNA und Schießplatz

Seite **3**

10 Fragen – 10 Antworten
FAQ „Gewerbepark Geisfelder Straße“

Seite **5**

Ökologische Ausgleichsflächen als Chance
Gastbeitrag von Dr. Beate Bugla

Seite **6**

Quartiersentwicklung Lagarde-Campus schreitet voran

► Neuer Raum auf MUNA und Schießplatz

Ehemalige Militärfläche wird entwickelt

Was tun mit den 140 ha MUNA und Schießplatz und ihrer ganz besonderen militärischen Vergangenheit? Der Stadtratsbeschluss von 2012 nach dem Bekanntwerden des Abzugs der US-Armee lautet: Von der BImA als Eigentümerin ankaufen! Doch während beim Kasernengelände eine Nachnutzung für Wohnen, Dienstleistungen und Kultur auf der Hand liegt, war bei MUNA und Schießplatz lange nicht klar, was hier machbar wäre. Terra incognita sozusagen.



Eine von mehreren Dutzend Bunkeranlagen, die für 15.000 bis 60.000 kg Munition angelegt ist.

gen. Die beiden militärischen Liegenschaften MUNA und Schießplatz sind zwölfmal so groß wie der ERBA-Park, eingezäunt, teilweise stark mit Altlasten belastet, es besteht Kampfmittelverdacht, kilometerlange Gleisanlagen und rund 150 teilweise einsturzgefährdete Gebäude sind vorhanden. Daher können diese Flächen bis heute nicht von der Allgemeinheit betreten werden. Eigentümerin von MUNA und Schießplatz ist die BImA. Um den Kaufpreis zu ermitteln, möchte die BImA von der Stadt wissen, für welchen Zweck die Flächen verwendet werden. Im Städtebau gilt für Neuentwicklungen eindeutig: zuerst bereits genutzte Flächen neu zu entwickeln statt „grüne Wiesen“ zu bebauen. Die Untersuchungen im Kontext der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes ergaben klar einen eklatanten Mangel an nutzbaren Gewerbeflächen als Alternativen für innerstädtische Betriebe oder Betriebserweiterungen. Betriebsverlagerungen von innen nach außen können wiederum dringend benötigtes Wohnbauland im Stadtinneren freigeben, ohne die „grüne Wiese“ erschließen zu müssen. Zwei Dinge waren schnell klar: Nur ein reguläres Bebauungsplanverfahren, das alle Belange unter enger Einbeziehung der Eigentümerin BImA ermittelt und bewertet, wird eine rechtssichere umsetzbare zivile Nachnutzung der Militärbrachen aufzeigen können. Und: Einen zwei-

ten Laubanger will die Stadt nicht haben, sondern energetisch und gestalterisch andere Maßstäbe ansetzen – beispielsweise Dachbegrünung und Regenrückhaltung.

Nichts tun ist keine Alternative

Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Bamberg daher 2014 das Bebauungsplanverfahren „Gewerbepark Geisfelder Straße“ begonnen. Es wird von Stadt und Eigentümerin BImA gemeinsam getragen. Ziel ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine zivile Nachnutzung des ehem. Munitionsdepots MUNA und des Schießplatzes. Dabei muss gleichzeitig der Bedarf von Bundes- und Landespolizei gesichert werden. In dem Bebauungsplanverfahren ist insbesondere auch die aktive Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit klar und transparent geregelt. Wichtig: Die automatische Umsetzung oder Genehmigung konkreter Bauvorhaben ist damit nicht verbunden.

Mit dem Aufstellungsbeschluss im Jahr 2014 als Beginn des Bebauungsplanverfahrens, erfolgte auch der Start für die Erstellung zahlreicher Gutachten. Und bald zeigte sich, dass man viel zu wenig über das Gebiet wusste. Und: Man muss sehr weit vor den Zaunanlagen von MUNA und Schießplatz anfangen nachzuforschen und Zusammenhänge ermitteln. Hierzu drei Beispiele:

- 1. Armeestraße:** 7.500 Fahrzeuge fahren pro Tag auf der Armeestraße, kein Fuß- oder Radweg, keine Querungshilfe für die Sport- und Erholungssuchenden im Hauptmoorwald oder dem nahen Reitverein, kein Lärmschutz für die Anwohner und die Kleingartenanlage Amselhang.
- 2. Sendelbach:** Umfangreiche hydrologische Untersuchungen des Sendelbachs, dessen Einzugsgebiet bis zum Geisberg reicht, zeigen, dass bei Starkregen über 10 m³/sec durch die MUNA rauschen können, das Zehnfache vom Fischpass auf der ERBA. Durch Entwässerungsgräben, den Bahndamm und die Verlegung des Sendelbachs im Zuge des Baus des Main-Donau-Kanals können die Forchheimer Straße, die Gutenbergstraße und die Kleingartenanlage Sendelbach sowie Teile des Gebietes westlich der Armeestraße unter Wasser stehen. Das Umspannwerk Süd ist gefährdet. Erfahrungen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass es sich dabei keineswegs um rein theoretische Annahmen handelt. Es drohen Schäden an öffentlichen und privaten Anlagen. Auch die Grundwasserbrunnen rund um das Wasserwerk liegen in dem Gefährdungsbereich.
- 3. Altlasten:** Ausgerechnet das bestehende Naturschutzgebiet MUNA diente jahrzehntelang zum Verklappen und Abfackeln von Munition, der Schießplatz mit seinen hochwertigen Sandmagerrasen ist extrem stark mit Schwermetallen belastet, kein Schäfer geht auf die Fläche, das Mähgut ist Sondermüll. Man muss wissen: Das ehemalige Tanklager auf der MUNA, Werkstattgebäude und einige Dutzend Bunker, jeder angelegt für 15.000 bis 60.000 kg Munition, liegen innerhalb oder knapp neben der Grenze des Wasserschutzgebietes. Zudem gibt es für Teilbereiche keine genauen Kenntnisse über Art und Anzahl der früher dort gelagerten Munition und Waffen.

Es gilt daher sich selbst immer wieder bewusstzumachen, dass allein ein „Hände weg von MUNA und Schießplatz“ keine Lösung sein kann: Nichts zu tun, ist keine Alternative! Bereits die im Zuge des bisherigen Bebauungsplanverfahrens gewonnenen Erkenntnisse verpflichten zum Handeln. Die Themen Hochwasserschutz und Altlasten



Der Altlastenverdacht hat sich bestätigt: Auffangwanne im Bereich des Tanklagers.

müssen in jedem Fall verantwortungsbewusst angegangen werden. Wenn keine weiteren Maßnahmen ergriffen würden, müssten die Bereiche Schießplatz und MUNA eingezäunt und ungenutzt bleiben. Eine Einbeziehung in den heute zugänglichen Bereich des Hauptmoorwaldes wäre nicht möglich. Im Bereich des Schießplatzes würde zudem das Sandmagerrasenareal aufgrund der Sukzession wieder zuwachsen und damit verschwinden. Diese Fläche würde wieder Wald, wie sie es bis ca. 1950 schon einmal war.

Bebauungsplanverfahren „Gewerbepark Geisfelder Straße“

Soweit muss es nicht kommen. Das Bebauungsplanverfahren „Gewerbepark Geisfelder

überarbeitet. Nach Gesprächen u. a. mit Forst-, Umwelt-, Wasser- und Schifffahrtsbehörden, Umweltverbänden sowie der Regierung von Oberfranken war klar, dass Veränderungen notwendig sind: Weniger Verkehrs- und Bauflächen, ein Teil des Schießplatzes als neues Naturschutzgebiet, Retentionsmaßnahmen von der Dachbegrünung bis zu Wasserrückhaltebecken. Das aktuelle Konzept 2018 sieht daher auch nur einen Teil der gesamten Bebauungsplanfläche mit rund 57 ha für eine gewerbliche Nutzung vor, wobei hiervon bereits heute über 9 ha z. B. im Bereich der Gutenbergstraße so genutzt werden. Der mit ca. 115 ha größte Teil, darunter ein mit rund 14 ha neues, dann zweitgrößtes Naturschutzgebiet in Bamberg, soll Wald bzw. Naturschutzgebiet bleiben oder werden. Damit würde das ehemalige US-Gelände zum ersten Mal auch für eine breite Öffentlichkeit zugänglich und erlebbar. ✓



Munitionsreste im Naturschutzgebiet auf der MUNA.

Fotos: Stadt Bamberg

► 10 Fragen – 10 Antworten

FAQ „Gewerbepark Geisfelder Straße“

1. Sind Wohngebiete vom Bebauungsplanverfahren betroffen?

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens selbst liegen keine Wohngebiete. Es grenzen Wohngebiete an, z.B. an der Pöldorfer Straße, Hertzstraße, Boveristraße und Geisfelder Straße. Die Verkehrsbelastung ist heute bereits recht hoch, weshalb die Verlagerung der Armeestraße im Süden, die Entlastung der Geisfelder Straße sowie die vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen tatsächlich für viele Menschen eine deutliche Entlastung bringen.

2. Kann die Armeestraße künftig besser überquert werden, wenn man zum Joggen in den Hauptsmoorwald will?

Ja, denn es wird künftig einen Kreisverkehr an der Ecke Armeestraße/Moosstraße mit Querungshilfen und an wichtigen Stellen der Armeestraße auch Lichtsignalanlagen geben, damit für Radfahrer, Fußgänger und Reiter der Hauptsmoorwald gefahrlos und auf kurzem Weg erreicht werden kann.

3. Bleibt die Armeestraße zweispurig?

Ja. Die Straße wird auch künftig eine Fahrspur in jede Richtung haben. In den Einmündungsbereichen von Anschlussstraßen müssen wegen Abbiegespuren jedoch Flächen für insgesamt drei Spuren gesichert werden. Die Armeestraße wird auf den Stand der Technik gebracht und erhält auf der Westseite auf kompletter Länge erstmalig einen Geh- und Radweg. Dabei übernimmt die Armeestraße durch den östlich vorgesehenen neuen Retentionsgraben erstmalig auch den Schutz der bebauten Stadtgebiete im Bamberger Osten vor Hochwasser und Starkregen.



4. War der Schießplatz einmal Wald?

Ja. Der Schießplatz wurde vor über 130 Jahren in den Hauptsmoorwald hinein angelegt und wurde unter dem Zepher der Wehrmacht Richtung Geisfelder Straße nach Süden großflächig erweitert. Erst unter US-Nutzung wurde der Schießplatz um 1950 komplett gerodet und eingeebnet, so dass sich überhaupt erst die heutigen Sandmagerrasen mit ihrer Artenvielfalt etablieren konnten. Leider wurden durch diese Baumaßnahme der US-Truppen auch die giftigen Altlasten aus den Kampfmittelrückständen großflächig verteilt.

5. Ist das Grundwasser belastet?

Ja. Die Böden des Schießplatzes sind wegen des jahrzehntelangen Schießbetriebes stark mit Blei, Antimon und Arsen aus den Projektilen und Kupfer sowie Zink aus den Hülsen belastet. Nach derzeitiger Kenntnislage sind diese Metalle im Grundwasser nachweisbar, es besteht aktuell noch kein akuter Handlungsbedarf. Da der sandige Boden hier eine Art Filterfunktion übernimmt, ist dieser sehr stark belastet und kann nicht gefahrlos beweidet oder sonst zivil genutzt werden. Daher bleibt bis auf weiteres auch der Sicherheitszaun bestehen.

6. Wo will die Stadt Bamberg bauen?

Die Stadt Bamberg möchte nur einen Teil der MUNA für gewerbliche und industrielle Nutzungen erschließen. Das bestehende Na-

turschutzgebiet am Berliner Ring sowie das Landschaftsschutzgebiet im Süden sollen vollständig unangetastet bleiben, so dass von der MUNA selbst nur ca. ein Drittel gewerblich genutzt werden soll.

7. Gibt es Munitionsreste im Naturschutzgebiet?

Leider ja, denn das durch die US-Truppen erst künstlich angelegte Naturschutzgebiet nördlich des Eichamtes wurde jahrzehntelang zum Abbrennen und Vergraben von Munition benutzt. Darüber hinaus wurde dort während des 1. Weltkriegs „Stellungskrieg“ in Schützengräben geübt. Das genaue Ausmaß der Munitionsbelastung ist noch unbekannt.



8. Wann kann die Bevölkerung die MUNA als Naherholungsgebiet gefahrlos betreten?

Die Flächen gehören nicht der Stadt Bamberg. Erst durch das gemeinsam mit der Eigentümerin BlmA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) vollzogene Bebauungsplanverfahren nach Bundesbaugesetzbuch kann eine künftige Bodennutzung legitimiert und planerisch gesichert werden – die ultimative Vorbedingung für einen möglichen Erwerb durch den Bamberger Stadtrat.

Erst mit dem möglichen Erwerb der Flächen durch die Stadt Bamberg kann eine Altlastenbeseitigung erfolgreich durchgeführt und damit die Voraussetzung geschaffen werden, dass die Bevölkerung die Flächen des ehemaligen Schießplatzes oder auch

des Landschaftsschutzgebietes südlich des Sendelbachs erstmalig und gefahrlos betreten kann.

9. Gibt es keine anderen Flächen für Gewerbe?

Leider nein. Derzeit sind im Stadtgebiet nur kleinteilige und sehr verstreut liegende Flächenreserven vorhanden. Das aktuelle Gewerbeflächenentwicklungskonzept der Stadt weist einen Bedarf von rund 60 ha bis 2025 aus. Da die Stadt Bamberg wächst und zur Erfüllung ihrer Daseinsvorsorge (Kindergärten, Grundschulen, Versorgung, Feuerwehr, Bäder u.a.) auf Einnahmen aus der Gewerbesteuer dringend angewiesen ist, sind gewerbliche Flächen zur Ansiedlung neuer innovativer Unternehmen und zur Verlagerung von bestehenden Unternehmen im Stadtgebiet dringend notwendig. Erst mit einer Entwicklung der Konversionsflächen Schießplatz und MUNA können auch umsiedlungswillige bestehende Bamberger Betriebe und Firmen gut erschlossenes Wohnbauland in zentraleren Stadtteilen freimachen, um dort eine Wohnentwicklung ermöglichen.



10. Was passiert, wenn alles so bleibt wie es ist?

Im besten Fall nichts. Die BlmA bleibt Eigentümerin von Schießplatz und MUNA, diese bleiben altlastenbehaftet und weiter eingezäunt. Im schlechtesten Fall veräußert die BlmA die Flächen direkt an in- oder ausländische Großinvestoren. Ob dann Bamberger Belange berücksichtigt werden könnten, wäre äußerst fraglich. ✓

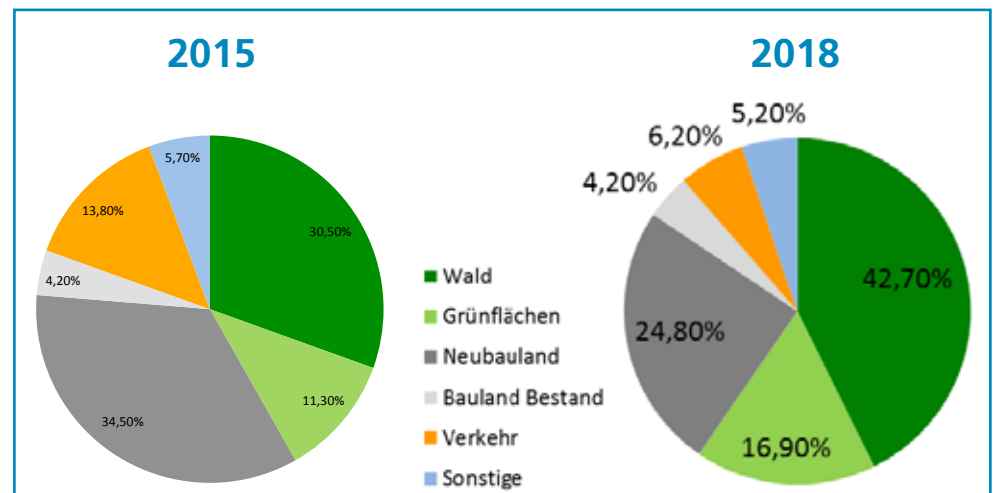
► „Ausgleich ökologischer und ökonomischer Belange ist möglich“

Die Stadt Bamberg informierte über aktuellen Stand des Bebauungsplanverfahrens

„Gewerbepark Geisfelder Straße“

Auf den ehemaligen Militärfeldern von MUNA und Schießplatz in Bamberg-Ost plant die Stadt Bamberg die Errichtung des „Gewerbeparks Geisfelder Straße“. Die Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung im Bebauungsplanverfahren wurde gerade beendet. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) hat als Eigentümerin des Geländes mit der Wertermittlung begonnen. Voraussetzung für einen beabsichtigten Erwerb durch die Stadt. Bei einer Bürgerinformationsveranstaltung am 14.06.2018 im Pfarrsaal der Pfarrgemeinde St. Kunigund diskutierten Bürgerschaft, Verwaltung und Fachexperten über das Verfahren. Moderiert wurde die Veranstaltung von Mischa Salzmann.

nen. Wirtschaftsreferent Dr. Stefan Goller betonte die Notwendigkeit eines Gewerbegebietes in Bamberg. „Wir haben die einmalige Möglichkeit, hier die dringend benötigten Flächen für die heimische Wirtschaft zu generieren, da die Stadt über keine weiteren potentiellen Flächen verfügt“, so Goller. Vertreter von HWK und IHK wiesen darauf hin, dass es mehrere Dutzend Anfragen konkret umsiedlungswilliger Unternehmen gebe und zusätzliche Arbeitsplätze auf der MUNA geschaffen werden könnten. Der „Gewerbepark Geisfelder Straße“ biete die große Chance, Defizite im Angebot an Gewerbeflächen abzumildern. Nur so könnten auch in Zukunft Arbeitsplätze



Die Grafiken zeigen die Veränderung der städtebaulichen Nutzungen im Bebauungsplanverfahren „Gewerbepark Geisfelder Straße“. Das ursprüngliche Konzept von 2015 ging 2016 in die erste Bürgerbeteiligung. Die daraus resultierenden Anregungen und Wünschen seitens verschiedener Behörden sowie der Bürgerschaft wurden dann in das Konzept eingearbeitet und finden sich nun im Plan von 2018 wieder.



Foto: Stadt Bamberg Pressestelle

Oberbürgermeister Andreas Starke und eine Reihe von Expertinnen und Experten stellten sich den Fragen der Bürgerschaft. (v.l.n.r.) Konversionsreferent Christian Hinterstein, Biologin Dr. Beate Bugla, Georg Seidl (Wasserversorgungsamt Kronach), Polizeipräsident Alfons Schieder, Staatssekretär Gerhard Eck (Bayerisches Innenministerium), Dr. Michael Fideley (Geschäftsführer Stadtwerke Bamberg), Wolfram Brehm (IHK), Kreishandwerkmeister Manfred Amon.

Ausgleich der ökologischen und ökonomischen Belange herbeiführen“, unterstrich Bambergs Oberbürgermeister Andreas Starke. Die Lebensgrundlage der Bürgerinnen und Bürger müssten erhalten werden, gleichzeitig aber müsse man offen sein für eine behutsame Weiterentwicklung von vormals rein militärisch genutzten Flächen.

Alle Eingriffe in Natur und Landschaft würden komplett ausgeglichen und einer deutlichen Verbesserung zum heutigen Zustand zugeführt. Dies unterstrich eindringlich die Biologin Dr. Beate Bugla. Ihr Beispiel der gelungenen Konversion des Sonderlandeplatzes Bamberg-Breitenau verdeutliche diesen Gewinn für Flora und Fauna.

Hinzu kommt, dass die erstmalige Neuschaffung eines Naturschutzgebietes

„Schießplatz“, mit geplanten 14 ha dann das zweitgrößte in Bamberg, Teil des Bebauungsplanverfahrens ist – ebenso wie die Verlegung der Armeestraße Richtung Osten, um der Wohnbevölkerung zwischen Berliner Ring und Konversionsfläche die Chance auf eine Verbesserung ihres Wohnumfeldes zu geben. An der Westseite sollen erstmals ein Geh- und Radweg sowie heute nicht vorhandene Querungshilfen entstehen.

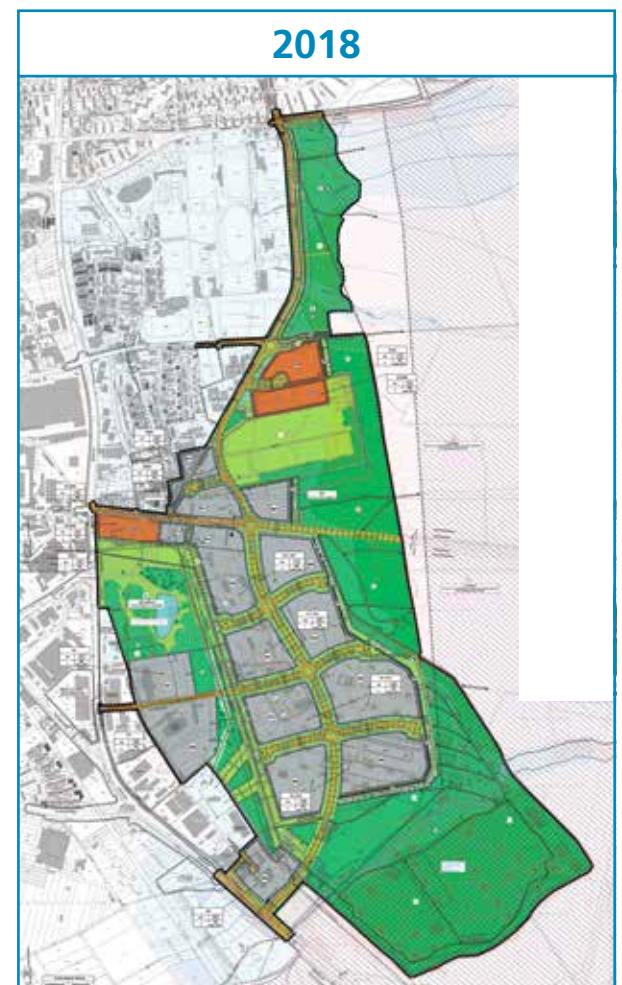
All diese Maßnahmen können jedoch nur dann umgesetzt werden, wenn es der Stadt Bamberg gelingt, die Konversionsfläche zu erwerben. Sollte der Verkauf durch die heutige Eigentümerin, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) scheitern, bleibt der gesamte Bereich Sperrgebiet und dauerhaft dem Zugriff der Bamberger Stadtgesellschaft entzogen. ✓

Die Vertreter der Stadt Bamberg stellten am 14.06.2018 im vollbesetzten Pfarrsaal zunächst das komplexe und umfangreiche Bebauungsplanverfahren im Detail vor. Zusätzlich wurden Fachfragen aus den Bereichen Natur- und Landschaftsschutz, Trinkwasserschutz, Hochwasserschutz, Bedarfe der heimischen Wirtschaft sowie geplante Ausgleichsmaßnahmen erörtert. Die Notwendigkeit eines Neubaus einer Verkehrspolizeiinspektion in Bamberg wurde ausführlich durch den Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium, Gerhard Eck, sowie den Polizeipräsidenten von Oberfranken, Alfons Schieder erläutert.

In der Bürgerinformationsveranstaltung wurde deutlich, dass das Landschaftsschutzgebiet Hauptmoorwald mit seinen 3.054 ha nicht durch die geplante Maßnahme in seinem Bestand gefährdet wird. Lediglich eine Fläche von 49 ha des derzeitigen Sperrgebietes MUNA soll künftig gewerblich genutzt werden kön-

gesichert und damit der wirtschaftliche Erfolg der Region nachhaltig gewährleistet werden.

Aufgabe der Stadt Bamberg ist es, Ökonomie und Ökologie in Einklang mit den verständlichen Wünschen und Anregungen aller Teile der Bevölkerung abzuwägen und mit einem rechtlich beständigen Verfahren abzusichern – und so die Zukunftsfähigkeit der Stadt und ihrer Stadtgesellschaft zu gewährleisten. „Mit dem Bebauungsplan „Gewerbepark Geisfelder Straße“ können wir einen



► Ökologische Ausgleichsflächen als Chance

Best practice: Sonderlandeplatz



Dr. Beate Bugla, Biologin

Gastbeitrag

Es ist gesetzlich geregelt, dass für Eingriffe in Natur und Landschaft durch bauliche Maßnahmen ein adäquater Ausgleich geschaffen werden muss. Wird beispielsweise durch die Anlage einer Gewerbefläche eine artenreiche Wiese überbaut, muss anderorts ein gleichwertiger Lebensraum entstehen, beziehungsweise ein bestehender Naturraum durch geeignete Maßnahmen aufgewertet werden. Wie die erfolgreiche Umsetzung einer solchen Ausgleichsmaßnahme aussehen kann, zeigt das Beispiel der Baumaßnahmen auf dem Sonderlandeplatz Bamberg-Breitenau.

Der bauliche Eingriff war notwendig geworden, um die zivile Nachnutzung des ehemals militärisch genutzten Flugplatzes entsprechend den Vorgaben Luftfahrtrechts zu gewährleisten. Dazu musste die Start- und Landebahn um 8,5 Meter verbreitert werden, wobei auch rund 1,2 ha Sandmagerrasen mit ihrer speziellen Flora und Fauna komplett verloren gingen. Um ökologischen Ausgleich zu schaffen, wurde im ersten Schritt eine sogenannte „Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung“ (saP) sowie eine vegetationskundliche Untersuchung zur Abgrenzung geschützter Lebensräume nach dem geltenden

Dabei erfordert der Ausgleich von Sandmagerrasen aufgrund der ökologisch hohen Wertigkeit natürlich mehr Fläche als die Kompensation einer „normalen“ Grünfläche. Letztendlich wurden Flächen zur **Neuschaffung von Sandmagerrasen** ausgewählt, die nachweislich anthropogen überformt waren. Dazu wurde zunächst der nährstoffreiche Oberboden abgeschoben, der zur Verbreiterung der Start- und Landebahn genutzt wurde. Auf den abgeschobenen Ausgleichsflächen wurde Sand ausgebracht, welcher ansonsten unter der verbreiterten Start- und Landebahn versiegt worden wäre. Schließlich wurde das

verloren gegangen wären, wurden zudem als Sodenpakete auf die entstehende Ausgleichsfläche verpflanzt. Bereits im folgenden Jahr konnte man erkennen, dass die so versetzte Pflanzendecke gut angewachsen war.

Eine gezielte ökologische Aufwertung stellte auch die Neuanlage wechselfeuchter Geländemulden (siehe Bild oben) in lehmigen Bereichen dar. Hier finden seltene, an Sandböden gebundene Amphibien, wie etwa die stark gefährdete Kreuzkröte, einen geeigneten Lebensraum.

Schließlich wurde im LBP auch festgelegt, ausgewählte Bereiche des Flugplatzes zur Bekämpfung des konkurrenzstarken Landreitgrases zugunsten von Sandmagerrasen jährlich zu bestimmten Zeitpunkten zu fräsen.

Neben Ausgleichsmaßnahmen wurde im LBP auch festgesetzt, dass während der Baumaßnahmen eine ökologische Baubegleitung zur Umsetzung des LBP erfolgen muss. So wurde gewährleistet, dass wertvolle Vegetationsbestände auch während der Baumaßnahmen erhalten geblieben sind. Unter Berücksichtigung von Pflanzen und Tieren wurden Baumaßnahmen in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Bamberg nur zu bestimmten Zeiten durchgeführt.

Zudem beinhaltet der LBP einen Pflegeplan der Ausgleichsflächen für einen Zeitraum von 20 Jahren, wobei die jährlich anfallenden Kosten (Beispiel Sonderlandeplatz: 10.000 Euro/Jahr) vom Bauträger erstattet werden. Seit 2014 wird die Vegetationsentwicklung auf allen Ausgleichsflächen kontinuierlich dokumentiert. Heute steht fest, dass sich alle Ausgleichsflächen erfolgreich in die geplante Zielrichtung entwickelt haben. Insgesamt wurden 2,6 ha Sandmagerrasen neu geschaffen, auf 9.000 m² wurden wechselfeuchte Geländemulden angelegt und auf 3 ha wird Landreitgras zugunsten von Sandmagerrasen bekämpft. Aufgrund der Kostenregelung sind auch unvorhergesehene Maßnahmen kurzfristig möglich, z.B. die Entfernung unerwünschter Arten (z.B. Distel) oder im Jahr 2014 die Nachsaat von unbewachsenen Bereichen. Gleichwohl Baumaßnahmen mit einem Verlust an naturnahen Flächen verbunden sind, so birgt der vorgeschriebene Ausgleich, sorgfältig ausgeführt, auch Chancen, wie z.B. eine vom Bauträger finanzierte Bodenaufwertung, eine gezielte Ansaat bzw. Die Schaffung spezieller Lebensräume für den Schutz einzelner Arten oder kontinuierliche Pflegemaßnahmen. Der Sonderlandeplatz Bamberg-Breitenau ist hierfür beispielgebend und kann daher als Vorbild dienen, wie ökologische und ökonomische Belange gleichermaßen Berücksichtigung finden können. ✓



Vegetationsentwicklung einer Ausgleichsfläche in Richtung Sandmagerrasen.

Naturschutzrecht vorgenommen, um das ökologische Potenzial der Fläche quantitativ und qualitativ zu erfassen. Auf dieser Grundlage folgte im nächsten Schritt die Erarbeitung eines „Landschaftspflegerischen Begleitplans“ (LBP). Das Ziel des LBP war, für den Verlust der artenreichen Sandmagerrasen und deren charakteristische Bewohner einen angemessenen Ausgleich zu schaffen.

Areal mit ortsentnommenem Heudrusch (Mahdgut mit keimfähigen Samen) angesät. Dieses Saatgut wurde zuvor unter fachlicher Betreuung an zwei Terminen während eines Jahres auf mehreren ausgewählten Flächen des Flugplatzes gewonnen.

Besonders wertvolle Sandmagerrasenflächen, die im Rahmen der Baumaßnahme



Kaulquappen der in Bayern stark gefährdeten Kreuzkröte.

Fotos: Dr. Beate Bugla

► Quartiersentwicklung Lagarde-Campus schreitet voran

Im Investorenauswahlverfahren erreichen drei Investoren die nächste Runde

Wohnen auf der Lagarde: Diesem Ziel ist die Stadt Bamberg nun im Rahmen des ersten Investorenauswahlverfahrens, kurz IAV, ein entscheidendes Stück nähergekommen. Das IAV wurde als sogenanntes Konzeptverfahren durchgeführt. Damit ist gemeint, dass zunächst die potenziellen Investoren anonym ein städtebauliches und architektonisches Konzept abgeben mussten, welches durch eine Jury bewertet wurde. Nur mit den „Siegern“ dieses ersten Schrittes werden

anschließend die Verhandlungen aufgenommen, bei welchen es um den konkreten Erwerb der Investorenfläche und den Bau von Wohngebäuden geht. Oberbürgermeister Andreas Starke stellte klar: „*Oberstes Ziel ist die schnelle Schaffung von Wohnungen auf der Lagarde in einem qualitätvollen Umfeld: dazu ist das Investorenauswahlverfahren der richtige Weg.*“

Die Jury hat in ihrer Sitzung am 17. Mai 2018 in der Bamberger Harmonie aus

insgesamt zwölf abgegebenen Konzepten die drei Investorengruppen ausgewählt, mit welchen nun die Stadt in die eigentlichen Verhandlungsgespräche eintreten wird. Dies sind: die „Pro.b. Projektentwicklung und Projektsteuerung“ aus Berlin, die „Joseph-Stiftung“ aus Bamberg und die „Deutsche Wohnwerte GmbH & Co. KG“ aus Heidelberg.

Die durch die drei ausgewählten Investoren im IAV eingereichten Planungen und Konzepte zeichnen sich

dadurch aus, dass sie die im Verfahren gesetzten Vorgaben bereits sehr gut konzeptionell aufgenommen haben. Grundlage der städtischen Vorgaben sowie der Bewertung durch die 14-köpfige Jury mit Vertretern aus dem Stadtrat, Experten aus dem Bereich Städtebau sowie der Verwaltung, ist das Qualitätshandbuch Lagarde-Campus. Darin sind zu den Themenbereichen Städtebau & Architektur, Freiraum & Urbanität, Energie & Mobilität sowie Sozialgerechtigkeit die Leitlinien und

► Begründung der Jury

Arbeit 1003



- **Pro.b Projektentwicklung & Projektsteuerung GmbH & Co. Kg, Berlin**
- **Pro.b Planungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Tübingen**
- **Quest, Berlin**
- **georg wasmer landschaftsarchitekten, Berlin**
- **Ackermann & Raff GmbH & Co. KG, Stuttgart**
- **SESA Schilling Escher Steinhilber, Stuttgart**
- **tobiasweigel architektur, Nürnberg**
- **planbar3, Berlin**
- **büro 1.0 architektur + Kuczmarski Stephan GbR, Berlin**
- **Eble Messerschmidt Partner Architekten und Stadtplaner PartGmbH, Tübingen**

Der städtebauliche und architektonische Entwurf lebt von einer konsequent vorgetragenen städtebaulichen Vielfalt, die über eine gut sortierte Mischung der Nutzungen, Wohnformen und Architekturen erreicht wird. Im Ergebnis präsentiert sich das Quartier mit einem differenzierten städtebaulichen Erscheinungsbild. Adressbildung funktioniert Haus für Haus, Kubatur und Fassaden sind individuell gestaltet. Die öffentliche Straßenseite ist nach strengeren Prinzipien gestaltet und soll den Quartierszusammenhang zu erkennen geben. Die Hofseite soll den Wohnwünschen entsprechend eher offen und vielfältig in Erscheinung treten. Dieser Ansatz wird von der Auswahlkommission positiv aufgenommen.

Da sich die Verfasser für zwei großzügig geschnittene Wohnhöfe mit großkronigen Bäumen entschieden haben, genießen die zukünftigen Bewohner den Luxus weiterer Grünräume. Diese Qualität hat jedoch ihren Preis: Mit seiner Geschossfläche liegt der Beitrag deutlich unter den anderen ausgewählten Entwürfen.

Die Verteilung der belebenden Nutzungen ist weitgehend gelungen, sodass ein aktives Erdgeschoss zum Markenzeichen des Quartiers werden könnte. Zu loben ist, dass sich die Verfasser sorgfältig überlegt haben, wie viel Läden und Gastronomie sie anbieten können.

Der kleine Quartiersplatz wird geschickt aus der Wegeachse herausgerückt und damit zu einem sehr selbstverständlichen Element im Netz der öffentlichen Räume. Auf der Westseite wird der Platz allerdings von der Parkieranlage begrenzt. Trotz der angebotenen Fahrradstation im Erdgeschoss sind Zweifel angebracht, ob der Funktionsbau einen Beitrag zur Aktivierung des öffentlichen Raums leisten kann. Aus der sorgfältigen Detaillierung der Grundrisse ist erkennbar, dass die Verfasser eine große Vielfalt an Wohnangeboten anbieten wollen. Das in der Auslobung geforderte Mobilitätskonzept wird detailliert nachgewiesen.

Insgesamt bieten die Verfasser einen Entwurf mit einer klassischen Hofbildung an, der durch die Auflösung in Einzelgebäude ein vielfältiges Quartier verspricht. ✓

Arbeit 1006



- **Joseph-Stiftung, Bamberg**
- **Auer Weber Architekten, München**

Städtebaulich überzeugt die Arbeit durch eine gekonnte stadträumliche und kompositorische Setzung des neuen Stadtquartiers, insbesondere auch in Reaktion auf die Morphologie der identitätsstiftenden Lagarde-Kaserne sowie als erster großer Baustein für das gesamte Konversionsareal.

Mit einer eindeutig und gut proportionierten Raumbildung von öffentlichen, gemeinschaftlichen und privaten Außenräumen schaffen es die Verfasser, im Inneren und an den Übergängen zu den anschließenden Quartieren eindeutig lesbare und nutzbare Stadträume auszubilden.

Besonders hervorzuheben ist die gute Integration des Quartiersparkhauses in das städtebauliche Entwurfskonzept sowie die „Mitnahme“ der Kasernenbestandsbauten entlang der Weißenburgstraße in die räumliche Gesamtstruktur. Die Erdgeschosszonen entlang der Platz- und Straßenräume sollten als Hochparterre ausgebildet werden, um die notwendige Privatheit zu gewährleisten.

Festlegungen für Investoren, Planer und Verwaltung definiert. „Damit war sichergestellt, dass nur Konzepte von hoher städtebaulicher Qualität umgesetzt werden“, so Starke.

Mit den drei Gewinnern führt die Stadt nun Gespräche über den Erwerb der Fläche – unter Wahrung der im Auswahlverfahren dargestellten planerischen Qualität. Dabei sind die Ergebnisse noch offen. Am Ende kann ein Investor die gesamte Fläche erwerben

oder mehrere Investoren teilen sich die Aufgabe. „Der Zeitplan sieht nur vor, die Verhandlungen bis zum Herbst 2018 abzuschließen, damit bereits in 2019 die Baukräne gestellt und erste Wohnungen 2021 bezogen werden können. Entstehen soll ein urbanes Quartier mit hoher Anziehungskraft und Dynamik“, betonte Oberbürgermeister Andreas Starke. „Wir sind zuversichtlich, dass wir dies mit den drei Teilnehmern des nun folgenden Verhandlungsverfahrens umsetzen können.“



Foto: Steffen Marx

OB Andreas Starke (Mitte) zusammen mit den drei Investoren, die im Investorenauswahlverfahren die nächste Runde erreicht haben: (v.l.n.r) Thomas Dorant, Geschäftsführer Deutsche Wohnwerte Gesellschaft Heidelberg, Michael Wiefelspütz, pro.b Projektentwicklung & Projektsteuerung Berlin, und Reinhard Zingler, Vorstand der Joseph-Stiftung Bamberg.



Die Adressierung aller angebotenen Wohneinheiten ist gut, dies gilt auch für die Qualität der angebotenen Grundrisstypologien.

Die angebotenen Qualitäten zu Energie und Mobilität sind nachvollziehbar und zielführend.

Nicht überzeugen kann die im Konzept angebotene „soziale Mischung“, die sich zu stark auf Teilbausteine konzentriert. Hier wird eine bessere Durchmischung im Quartier erwartet. Insgesamt ein konzeptionell gutes und belastbares städtebauliches Gesamtkonzept, welches den historischen Charakter der Kaserne, den Stadtteil und letztendlich auch die Spezifika der Stadt wohltuend aufgreift und in ein lebens- und wohnwertes Quartier übersetzt. ✓

Für alle Interessierten: Eine **Ausstellung aller Beiträge** der Verfahrensteilnehmer auf dem Lagarde-Campus wird derzeit vorbereitet.
OB Starke: „Wir wollen die Öffentlichkeit weiterhin beteiligen und legen großen Wert auf ein transparentes Verfahren.“
Der Termin für die Ausstellungseröffnung wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Arbeit 1010



- **Deutsche Wohnwerte GmbH & Co. KG, Heidelberg**
- **Fink + Jocher Gesellschaft von Architekten und Stadtplanern mbH, München**

Der Entwurf überzeugt durch eine klare Struktur, die die hohe Dichte mit einer überzeugenden städtebaulichen Qualität verbindet. Dem neuen Quartier wird durch einen zentral angeordneten Platz ein eigener räumlicher Schwerpunkt gegeben, dieser aber gleichzeitig geschickt mit den angrenzenden Strukturen vernetzt.

Die notwendige Parkpalette erscheint fast beiläufig eingebunden. Der Vorschlag, sie noch durch Apartments auf dem Dach zu erweitern, wird begrüßt, hängt allerdings vom Bedarf und dem Finanzierungsmodell ab. Überzeugend gelingt auch die Arrondierung des denkmalgeschützten Gebäudes zu einem für die Kombination von Wohnen und Arbeiten geeigneten Ensembles.

Zu den Grenzen des Bearbeitungsgebietes werden räumliche Kanten formuliert, die nach Süden abnehmende Gebäudehöhe reagiert aber trotzdem auf die Struktur der angrenzenden Bebauung. Die vom Platz windmühlenartig verlaufenden Straßenräume erlauben Blickbezüge in die Umgebung und umgekehrt in das Quartier. Es ergibt sich eine klare Zonierung in öffentliche Räume und den Bewohnern gewidmete Höfe, die über eine gute Belichtung und Größe verfügen.

Am Quartiersplatz werden erdgeschossig gemeinschaftliche und gewerbliche Nutzungen vorgeschlagen, um diesen Raum entsprechend zu beleben. Möglich sind diese Funktionen aber in Abhängigkeit von Lage und Bedarf auch in anderen Bauteilen, so dass grundsätzlich eine Nutzungsmischung begünstigt wird.

Positiv hervorzuheben ist die eindeutige Adressbildung der Baukörper durch die Orientierung der Eingänge zu den umgebenden Quartiersstraßen, zum Platz oder zum inneren Wegekrenz. Dieses ist nur Fußgängern und Radfahrern vorbehalten, kann aber in Bedarfsfall zur Anlieferung und von Feuerwehr und Rettungsfahrzeugen genutzt werden. Insgesamt lassen die Differenzierung und Hierarchie der Freiflächen eine große räumliche Qualität erwarten.

Der Vorschlag, verschiedene Haustypen für unterschiedliche Wohnbedürfnisse zu entwickeln, wird begrüßt, da so alternative Wohnformen und die Kombination von Wohnen und Arbeiten ermöglicht werden. Die Baukörperanordnung muss in Teilen aber noch überprüft werden. Kritisch wird z.B. die Lage der Reihenhäuser im nördlichen Bereich gesehen. Sie scheinen durch die angrenzende Bebauung „bedrängt“ und nicht optimal belichtet zu sein.

Zu den Themen Energie und Mobilität wurden konzeptionelle Aussagen gewünscht, die sich mit den Angaben im Qualitätshandbuch auseinandersetzen. ✓

► Kulturquartier Lagarde-Campus?

Eine Studie belegt, von einem Kulturquartier im Lagarde-Campus profitieren alle

Die Stadt Bamberg hat die eloprop GmbH in Regensburg beauftragt, eine Studie zur konzeptionellen Entwicklung eines Kulturquartiers im Lagarde-Campus zu erstellen. Der Bürgerbeteiligungsprozess zur Konversion in den Jahren 2014/15 hat deutlich gezeigt, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger mehr Raum für Kunst und Kultur im Bamberger Osten wünschen. Der Lagarde-Campus hat jede Menge Potenzial für ein echtes Kulturquartier – das hat schon das erste *kontakt – Das Kulturfestival* im Jahr 2015 unter Beweis gestellt. Konsequenterweise hatte dann der Konversionssenat in seiner Sitzung vom 30. Juni 2015 einen Rahmenplan für die ehemalige Lagarde-Kaserne beschlossen, der ein Kulturquartier auf dem Gelände vorsah. Ziel ist es, Raum für Kulturschaffende zu entwickeln. Hiervon können aber auch künftige Bewohner des Viertels, die in einem attraktiven und lebendigen neuen Stadtteil wohnen möchten, profitieren. Dabei soll sich das neue Kulturquartier einfügen in die Kulturentwicklung der Stadt und mit den vorhandenen oder geplanten weiteren Kultureinrichtungen harmonisieren. Im Besonderen, soll es natürlich auch Strahlkraft in den Bamberger Osten entwickeln.

Die Wirkungsmechanismen solcher Quartiere sind keine Modererscheinung, sondern nachhaltig: Ein Kulturquartier befördert ein starkes kreatives und soziokulturell geprägtes Milieu, das dem Stadtviertel eine attraktive Identität verleiht. Außerdem verbindet

es alle Lebensbereiche des Viertels eng mit dem Faktor Kultur und schafft so eine Magnetfunktion für Bewohner, Bürger, Unternehmen und Touristen.

Welche Potenziale ein Kulturquartier im Lagarde-Campus haben kann, war Gegenstand der eloprop-Studie, die am 5. Juni 2018 im Konversionssenat vorgestellt wurde. Im Rahmen der Studie wurden dazu die aus dem Bürgerbeteiligungsprozess zur Konversion hervorgegangenen Akteure mit ihren jeweiligen Bedarfen gebündelt und in ein, auch unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten machbares, Konzept gebracht. Grundlagen der Studie sind eine umfassende Bedarfsabfrage über einen Nutzerfragebogen sowie ein Nutzer-Workshop. Sämtliche bekannten und potenziellen Akteure aus Kunst-, Kultur- und Kreativwirtschaft konnten sich am Verfahren beteiligen. Das bisherige Beteiligungsverfahren zur Konversion und seinem Fachforum Kunst&Kultur sowie den ARENA-Veranstaltungen wird damit konsequent fortgesetzt.

Die Studie zeigt einen breit gefächerten Bedarfskatalog von Veranstaltungs- und Ausstellungsräumen, Seminar-, Kurs-, und Probenräumen, Büros- und Besprechungsräumen, Werkstätten, Ateliers und Lagerräumen auf. Dabei werden auch mögliche Nutzungsszenarien unter Einbeziehung der auf der Lagarde vorhandenen Gebäude aufgezeigt und zugleich mit den Ergebnissen der Raumbedarfsabfrage abgeglichen.

Aus Sicht des Gutachters vorstellbar wäre

die Entwicklung der ehemaligen „Reithalle“ (Gebäude Nr. 7110) als Event-/Markthalle mit mittelgroßem Veranstaltungsraum für ca. 500 bis 600 Besucher. In Kombination mit einem möglichen Gastronomiebereich wäre dieser auf ca. 1.200 Besucher erweiterbar.

Die ehemalige „Posthalle (Gebäude Nr. 7116) könnte als Multifunktions- und Entwicklungsfläche für unterschiedliche Nutzungen entwickelt werden. Im ehemaligen Reitstallgebäude an der Weißenburgstraße/Zollnerstraße (Gebäude Nr. 7123) könnte ein Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft entstehen, für Vereine, kulturaffine Akteure, Gewerbetreibende oder Einrichtungen, die dort Einzelbüros, Co-Working, Besprechungsräume, Theaterbühne, Club, Ateliers, Werkstätten, Proben- sowie Unterrichts- und Seminarräume betreiben.

Voraussetzung für die Verwirklichung aller Ideen und Pläne ist dabei natürlich immer die Entwicklung eines tragfähigen betriebswirtschaftlichen Konzeptes

Als nächster Schritt ist ein Workshop geplant. Dort soll das bisherige Konzept weiter ausgearbeitet und konkretisiert werden. Anschließend soll der Konversionssenat über das weitere Vorgehen beschließen.

Für den aktuell laufenden freiraumplanerischen Wettbewerb „Kulturquartier Lagarde“ der auch den Vorplatz zur Reithalle mit dem Förderprojekt „Nationale Projekte des Städtebaus“ einschließt, wird das Ergebnis der Studie bereits zu Grunde gelegt. ✓



► IMPRESSUM

Herausgeberin **Stadt Bamberg**



Redaktion **Amt für**

**Strategische Entwicklung
und Konversionsmanagement**

Tel. **0951 87-1822**

Fax **0951 87-1960**

E-Mail **pressestelle@stadt.bamberg.de**

Konzeption **Stephanie Schirken-Gerster,
Pressestelle Stadt Bamberg**

Grafikdesign **Wolf Hartmann**

HOCHVIER GmbH & Co. KG, Bamberg

Gesamtherstellung **creo**

**Druck & Medienservice GmbH,
Bamberg, Tel. 0951 188-254**

Auflage **60.000 Stück**

Erscheinungsweise **unregelmäßig
als Beilage im WOBLA**

Gerichtsstand **Bamberg**



Podiumsdiskussion „Lagarde-Campus 2025 – zukunftstauglich?“ im Rahmen von *kontakt – Das Kulturfestival*: Auf dem Lagarde-Campus sollen ab 2020 rund 1.000 Wohnungen, 1.500 Dienstleistungsarbeitsplätze, Kulturangebote sowie Grünflächen und Quartiersplätze entstehen. Doch wie entsteht eigentlich ein attraktiver, neuer Stadtteil und wie machen wir ihn zukunftstauglich? Renate Schlipf, Kulturmanagerin, Thomas Kästle, eloprop GmbH Regensburg, Roland Huber, Geschäftsführer Drees & Sommer Infra Consult & Management GmbH, Veit Bergmann, Geschäftsführer der Stadtbau Bamberg GmbH, und Harald Lang, Leiter des Amtes für Strategische Entwicklung und Konversion, diskutierten diese Frage beim Kontaktfestival 2018 auf dem Lagarde-Campus. Die Diskutanten waren sich einig darüber, dass das Kontaktfestival in den letzten 3 Jahren bewiesen habe wie gut eine kulturelle Nutzung auf dem Gelände funktioniere. Mit den Ergebnissen der eloprop-Studie zur kulturellen Nutzung auf dem Lagarde-Campus seien diese Erfahrungen auch in der Theorie untermauert. Gemeinsames Fazit: Die Chance zur Entwicklung liegt nun auf der Hand – zeigen wir Mut und ergreifen sie!

Gefördert durch:

Freistaat Bayern
Oberste Baubehörde im
Bayerischen Staatsministerium
des Innern, für Bau und Verkehr



Buchners dickes Ende: Konvers(at)ionen

